Datum: 8. Juli 2024

Christoph Heinemann im Gespräch mit Anke Rehlinger

Heinemann: Mit besonderem Interesse schauen die Menschen im deutsch-französischen Grenzgebiet auf die Lage in Deutschlands wichtigstem Nachbarland. Von Saarbrücken aus kann man mit der Straßenbahn nach Frankreich fahren. Das Saarland ist vielfach mit Lothringen, der Region jenseits der Grenze, partnerschaftlich verbunden. Am Telefon ist jetzt Anke Rehlinger, SPD, die Ministerpräsidentin des Saarlandes, guten Morgen.

Rehlinger: Einen schönen guten Morgen.

Heinemann: Frau Ministerpräsidentin, wie blicken Sie auf das Ergebnis der Parlamentswahl?

Rehlinger: Na, wir haben, wie alle, ein bisschen gezittert und gebangt. Fürs Erste können wir heute Morgen feststellen, dass die Französinnen und Franzosen sich entschieden haben, einen Durchmarsch von Le Pen und dem Rassemblement National vorerst zu stoppen. Allerdings, wie viele andere auch, fragen wir uns natürlich auch: Wie geht es denn jetzt auf anderem Wege weiter? Und das wird sicherlich die spannende Frage auch noch für die nächsten Tage, möglicherweise Wochen, bleiben.

Heinemann: Was meinten Sie mit "vorerst"?

Rehlinger: Nun, diese Wahl ist vorüber. Marine Le Pen hat allerdings gesagt, dass sie ja weiterhin Ambitionen hat und 2027 stehen ja auch die Präsidentschaftswahlen wieder an. Und ich glaube, mit Blick auf diese Wahlen 2027 wird eben die Zeit quasi ab jetzt, ab heute ganz entscheidend sein, ob wir das "vorerst" vielleicht auch für längere Zeit dann aus den Sätzen streichen können.

1

Deutschlandfunk Ein Programm von Deutschlandradio Raderberggürtel 40 50968 Köln Heinemann: Das heißt, jetzt hat der Präsidentschaftswahlkampf begonnen?

Rehlinger: Na ja, der hatte schon vorher begonnen. Das muss man ganz klar sagen. Marine Le Pen verfolgt ja ein sehr, sehr klares Ziel. Aber auf der anderen Seite muss man auch ganz eindeutig sagen, dass jetzt sich dazu eine Chance bietet. Wir können erst mal aufatmen. Und es zeigt sich eben auch ein Durchmarsch von Rechtspopulisten in Frankreich und in Europa. Er ist kein Automatismus. Das Wahlergebnis von gestern ist sicherlich kein großartiger Erfolg wie ihn Le Pen sich gewünscht hatte und wie er sich vielleicht auch noch streckenweise abgezeichnet hat. Aber jetzt ist die entscheidende Frage: Was wird aus diesem Ergebnis heraus gemacht und was wird daraus letztendlich entstehen können? Es ist jetzt an der Zeit, dass man aus Mathematik dann eben auch tragfähige Politik in Frankreich macht.

Heinemann: Welche?

Rehlinger: Nun, das ist nicht ganz einfach zu beantworten, denn das französische Wahlrecht hat ja gegenüber dem deutschen Wahlrecht schon einige Besonderheiten. Und es ist keine ganz geübte Praxis in Frankreich, nach solchen Wahlergebnissen zu sondieren, Mehrheiten zu suchen und anschließend auch zu koalieren. Trotzdem ist es jetzt notwendig, sich genau auf diesen Weg zu machen, eine tragfähige Mehrheit zu finden, die dann einem Präsidenten, der ja in Frankreich durch die Verfassung schon mit einer großen Machtfülle ausgestattet ist, auch es möglich macht, seinen Aufgaben innenpolitisch, aber eben auch außenpolitisch und in Europa gerecht zu werden. Und unser Interesse ist natürlich auch noch mal aus deutscher Sicht neben dem ganz besonders, dass es auch möglich ist, dass Deutschland und Frankreich weiterhin eine starke und stabile Achse in Europa sein können. Das ist zumindest der Wunsch, den ich jetzt auch bei dieser Mehrheitsfindung habe.

Heinemann: Frau Ministerpräsidentin, in der ersten Runde der Parlamentswahlen hatte der Rassemblement National ja deutlich vorn gelegen. Er bleibt auch stärkste Partei. Das sollte man nicht vergessen. Und vor allen Dingen haben sich ja die Wählerinnen und Wähler nicht in Luft aufgelöst. Welche Angebote muss die nächste Regierung dieser Gruppe machen und welche politischen Themen bearbeiten?

Rehlinger: Nun, es ist jetzt nicht ganz einfach und auch nicht ganz zwingend geboten, dass wir aus Deutschland heraus jetzt der französischen Politik dort Ratschläge erteilen. Insofern ist es vielleicht auch angezeigt, dass wir gar nicht Frankreich isoliert dort betrachten, sondern insgesamt den Vormarsch von rechten Kräften in Europa betrachten und damit auch das, was ich sage, ein Stück weit als Selbstappell verstehen. Ich glaube, es ist noch mal deutlich geworden, dass man das ganze Land im Blick behalten muss, dass man zum einen die urbanen Räume im Blick behalten muss, aber eben auch den ländlichen Raum, dass die Menschen sich nicht abgehängt fühlen, dass sie im Umkehrschluss sich gesehen fühlen mit der Politik, und dass wir alle miteinander aufgerufen sind, natürlich dafür zu sorgen, dass es ein soziales Gleichgewicht gibt, dass die Angst vor Abstieg oder die Hoffnung auf weiteren Wohlstand etwas ist, was uns in unserer Gesellschaft zusammenhält. Ich glaube, da unterscheiden sich möglicherweise die Debatten in Deutschland und in Frankreich gar nicht so sehr. Und das ist einfach die Aufgabe von Politik insgesamt in diesen Zeiten, offensichtlich auch in Frankreich, aber eben auch bei uns in Deutschland.

Heinemann: Frau Rehlinger, ich hatte eben gesagt, im Grenzgebiet schaut man genauer hin. Das gilt für Ihr Land natürlich besonders, aber auch für Baden-Württemberg, für Rheinland-Pfalz. Welche Folgen erwarten Sie für die grenzübergreifende Zusammenarbeit?

Rehlinger: Na, ich wünsche mir, dass sie mit der gleichen Begeisterung fortgesetzt werden kann in unseren Regionen. Denn für uns ist es ganz entscheidend, dass wir eine Reihe von Projekten für uns identifiziert haben, wo wir einfach dafür sorgen wollen, dass man weiter zusammenwächst. Das ist der kulturelle Bereich. Das ist aber auch im Gesundheitsbereich, was die Versorgung letztendlich angeht. Also wir haben schon noch ein paar ganz konkrete Ideen, die wir gerne realisieren wollen. Es ist der grenzüberschreitende Verkehr. Da braucht man natürlich auch Begeisterung für das Grenzüberschreitende. Und die positive Entwicklung unserer Regionen hängt ganz maßgeblich davon ab, dass wir eben solche Dinge nicht nationalistisch betrachten, sondern dass die Dinge dann gut werden, wenn die Politik dem folgt, was die Menschen in den Regionen eh machen, nämlich einen gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraum zu betrachten. Das ist etwas ganz Entscheidendes. Natürlich hängt das von den Politiken in Berlin, genauso wie auch in Paris ab. Aber die Freundschaften und die Zusammenarbeiten über die Grenze hinweg direkt und unmittelbar sind jetzt nicht schlagartig erledigt, sondern sie bleiben natürlich auch bestehen. Aber man hat

Deutschlandfunk Ein Programm von Deutschlandradio Raderberggürtel 40 50968 Köln entweder günstigere oder ungünstigere Rahmenbedingungen. Ich wünsche mir sehr, sehr günstige Rahmenbedingungen. Wir haben viel vor und damit es gut wird, müssen wir das auch gemeinsam realisieren.

Heinemann: Das Linksbündnis hat die Nase vorn. Das ist also heute Morgen das Ergebnis. Was bedeutet da eine mögliche Regierungsbeteiligung der linksnationalistischen und in Teilen antisemitischen Partei La France insoumise für die Regierungsarbeit?

Rehlinger: Nun, es ist jetzt nicht ganz einfach, die Mehrheiten dort zu finden. Sie haben die Punkte benannt, die France insoumise betreffen. Sie auszusparen, aber gleichzeitig trotzdem eine Mehrheit zu haben, heißt natürlich auch noch mal einen Blick auf die Republikaner zu werfen. Dort ist sicherlich festzustellen, dass der Umstand, dass sie die Drittplatzierten nicht aus dem Rennen genommen haben, um sich alle Optionen offenzuhalten, auch etwas ist, was in der Abwägung sicherlich schwerwiegt. Insofern, das ist keine ganz einfache Aufgabe, dort eine gute Koalition zu bilden und zu finden. Coalition plurielle, wie sie auch immer zusammengesetzt sein mag, sie ist ohnehin eine nicht ganz einfache, denn das bislang einende Element war ja ein Stück weit die Frage: Ist man sich einig, wogegen man ist bzw. gegen wen man ist? Und jetzt die Einigkeit zu finden, wofür man ist, das ist jetzt der nächste nicht ganz einfache Punkt, aber die wichtigste Voraussetzung dafür, dass der Rassemblement National nicht danach sofort noch mal in einen Modus übergeht, der ihm mehr Zuspruch bringt, das gilt es ja schon auch noch mal zu verhindern.

Heinemann: Und der junge Parteichef dieses Rassemblement National, das ist Jordan Bardella. Sein Aufstieg ist wesentlich auf den Propaganda-Sender CNews des Milliardärs Vincent Bollorés zurückzuführen. Bardella hatte angekündigt, er wolle den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frankreich privatisieren, was den Bollorés-Medien ja nutzen würde. Frau Rehlinger, wie sollte sich die EU darauf vorbereiten, wenn Politik so offensichtlich käuflich werden kann?

Rehlinger: Nun, es gibt unterschiedliche Tendenzen, was öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht in Europa. Privatisierung ist die eine, einige andere Kräfte in Europa, in ihre Staaten, haben Staatsmedien daraus gemacht. Ich glaube, wir haben eigentlich ein gutes System, in dem man eine vernünftige Finanzierung für öffentlich-

rechtlichen Rundfunk vorhält, aber gleichzeitig auch für Staatsferne sorgt. Wir haben im Übrigen mit ARTE eine wunderbare Konstruktion gefunden, die gerade auch unsere Anliegen in den Grenzregionen und das Deutsch-französische abbildet. Man muss auf solche Vorstellungen schon ein Stück weit mit Sorge blicken, denn wir erleben ja in diesen Tagen, Demokratie kann nicht stattfinden wie wir uns das wünschen, wenn es keine objektive Berichterstattung gibt, wenn Informationen nur gefiltert oder mit Tendenzen versehen sind. Das ist eine ganz, ganz große Gefahr für die Demokratie. Und das kann niemals der gewesene Weg sein. Ich plädiere auch in unseren Debatten in Deutschland sehr für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im Übrigen auch in der Konsequenz für eine vernünftige Finanzierung, damit wir genau solche Debatten mit solchen Ausschlägen nicht auch bei uns noch zu befürchten haben.

Heinemann: Anke Rehlinger, SPD, die Ministerpräsidentin des Saarlandes, danke schön für das Gespräch und auf Wiederhören.

Rehlinger: Herzlichen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.